



Der Filmemacher und Klimaschützer Cyril Dion startete am Sonntag eine Petition, um Druck auf die französische Regierung auszuüben, die seiner Ansicht nach die Vorschläge der Klimakonvention nicht oder nur zögerlich umsetzt.

Das wichtige Gesetz gegen die globale Erwärmung, das aus den Vorschlägen der Bürger-Klimakonvention hervorgeht, sollte Mitte Dezember dem Ministerrat vorgelegt werden. Der zweite Lockdown im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie veränderte jedoch die Prioritäten der Regierung.

Ein technisches Problem, das an der Substanz nichts ändert, versichert die Regierung. Ein weiterer Rückschlag in den Augen der am wenigsten optimistischen Teilnehmer an der Klimakonvention, die ihre Skepsis über die Zukunft ihrer 149 Vorschläge immer weniger verbergen.

Cyril Dion geht nun an die Öffentlichkeit. Als Filmemacher und Klimaschützer und Garant für den reibungslosen Ablauf des Bürgerkonvents war er einer der Initiatoren dieser neuen Form der partizipativen Demokratie, die vor etwas mehr als einem Jahr von Emmanuel Macron ins Leben gerufen wurde. Doch angesichts der zahlreichen Rückzieher der Regierung bei den von „den 150“ vorgeschlagenen Maßnahmen beschloss der Direktor von „Demain“, eine Petition zur „Rettung der Bürger-Klimakonvention“ zu starten.

„Ich habe immer gesagt, dass ich mich verpflichten würde, wenn Emmanuel Macron seine Verpflichtung nicht einhalten würde, die Vorschläge des Konvents ungefiltert weiterzugeben“, sagt Cyril Dion, der von France 24 kontaktiert wurde. „Heute befinden wir uns in genau der Situation, die wir befürchtet haben: Die Regierung ändert Maßnahmen, um bestimmte wirtschaftliche Interessen zu befriedigen. Das Wort des Präsidenten wird nicht respektiert“.

In der Tat hat die Regierung seit der Vorlage der 149 Vorschläge der Bürger-Klimakonvention zu Beginn des Sommers viele Rückzieher gemacht. Das bisher jüngste Beispiel ist der am Freitag, dem 13. November von der Nationalversammlung verabschiedete Malus für Neufahrzeuge.

Während die Klimakonvention eine Steuer von zehn Euro pro Kilogramm auf den Verkauf von Neufahrzeugen über 1,4 Tonnen vorschlug, verteidigte das Ministerium für den ökologischen Übergang im Rahmen der Finanzvorlage einen ökologischen Malus für Autos über 1,8 Tonnen. Diese Gewichtszunahme ändert alles, da nach den von Libération zitierten Zahlen der Agentur für Umwelt und Energiemanagement (Ademe) der Anteil der 2019 in Frankreich verkauften Autos mit einem Gewicht von mehr als 1.800 kg nur 1,74% des Zulassungen ausmachte, während der Anteil der Autos mit einem Gewicht von mehr als 1.400 kg starke



26% betrug.

Das Ministerium für den ökologischen Übergang versichert, dass dies nur ein erster Schritt ist, bis die Schwelle gesenkt werden kann. „Die Maßnahme ist völlig bedeutungslos“, bedauert Cyril Dion, der der Regierung vorwirft, sie beuge sich politischen Erwägungen.

„Emmanuel Macron ist in einer Art Falle gefangen, die er selbst geschaffen hat. Er stimmte der Einrichtung des Bürgerkonvents zu, weil er darin eine politische Chance sah, eine über Klimafragen besorgte Wählerschaft zu erreichen, aber anstatt seine Verpflichtung einzuhalten, tritt er sie mit Füßen und riskiert, das Gegenteil von dem zu erreichen, was er erwartet hatte“.

Auf der Seite der 150 Bürger wird die von Cyril Dion lancierte Petition wohlwollend aufgenommen, aber es zeichnen sich allmählich Spaltungen ab. Einige geben der Regierung weiterhin Zeit und warten auf den künftigen Gesetzentwurf, der Anfang 2021 von Barbara Pompili stückweise eingebracht werden soll. Anderen fällt es sehr schwer, optimistisch zu bleiben.

Dies ist insbesondere der Fall von Yolande Bouin. Zusammen mit einigen anderen Teilnehmern der Klimakonvention demonstrierte sie am 14. Oktober vor der Nationalversammlung, um die Aufgabe der Verpflichtungen des Staatspräsidenten und den „sukzessiven Rückzug der Regierung“ anzuprangern. Einen Monat hat sie immer noch Zweifel hinsichtlich der Zukunft der 149 Vorschläge.

„Ich habe kein Vertrauen in die Regierung oder die Nationalversammlung von Emmanuel Macron“, sagt Yolande Bouin, die von France 24 kontaktiert wurde. „Wir wollen nicht, dass der Konvent wie die Große Nationale Debatte in Vergessenheit gerät, deshalb müssen wir Präsident Macron ständig an sein Engagement erinnern“.

Die Petition von Cyril Dion sammelte in knapp zwei Tagen über 145.000 Unterschriften. Der Aktivist hofft, die eine Million Unterzeichner zu übertreffen, um „genug Druck zu erzeugen, damit der Gesetzentwurf den Erwartungen des Konvents gerecht wird“.

„Es ist ein bisschen ein Gefühl der letzten Chance“, gibt er zu. „Wir haben der Regierung eine schlüsselfertige Lösung angeboten. 150 Bürger arbeiteten neun Monate lang an Vorschlägen. Es ist nun an den Politikern, Verantwortung zu übernehmen. Wenn sie das nicht tun, werden sie sich für immer mit dem Makel behaftet sein, dass die Klimafrage für sie keine Priorität hat“.



Je me suis engagé à défendre le travail de la @Conv_Citoyenne si EM ne tenait pas parole. Les mesures qui devaient être transmises sans filtre sont détricotées et amoindries une à une. Si nous nous taisons ce sera un nouvel échec pour le climat. Votons ! <https://t.co/uk0bppT347>

— Cyril Dion (@cdion) November 15, 2020